Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Krieg in Europa? Nicht in meinem Namen	Seite 3
Das Jahr 2015	Seite 5
Ilmenauer Stadtrat mit Unterhaltungswert	Seite 6
Perfekte Ablenkung	Seite 10
Das aktuelle Buch – heute: Klaus Blessing „Die sozialistische Zukunft“	Seite 11

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis | 21. Jahrgang, Januar 2015 | Preis: Spende

So gesehen...

...möchte ich die Gelegenheit, den Leitartikel schreiben zu dürfen, nutzen, um allen Leserinnen und Lesern des „Linken Echo", allen Genossinnen und Genossen und ihren Angehörigen ein gesundes und erfolgreiches 2015 zu wünschen.

Alles Gute!

Politisch sind wir schon wieder voll im Geschäft. Auf Kreisebene steht die Haushaltsdebatte an. Wichtige Aufgaben sind zu beschließen: Die Sanierung der Grundschule in Marlishausen, der Beginn der Schulsanierung in Langewiesen, höhere Förderung für das Schülerfreizeitzentrum in Ilmenau und das Schultern des mit den wachsenden Flüchtlingszahlen einhergehenden Aufwands für deren Integration, um nur ein paar der wichtigsten herauszugreifen.

Im Kreisverband unserer Partei steht Arbeit an. Die Geschäftsstelle in Arnstadt ist in die Turnvater-Jahn-Straße 16 umgezogen. In Ilmenau steht eine grundlegende Renovierung der Räume am Topfmarkt 4 auf der Tagesordnung.

Der Arbeitsplan für 2015 wurde in der letzten Kreisvorstandssitzung am 7. Januar diskutiert. Schwerpunkte werden politische Bildung, der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai und zwei Kreismitgliederversammlungen sein. Eine im zeitigen Frühjahr, unter anderem zum Beschluss des Finanzplanes, und eine Ende September/Anfang Oktober, um die statutengemäßen Parteiwahlen durchzuführen.

Ganz aktuell müssen wir einschätzen, dass sich auf Kreisebene die Auseinandersetzungen mit der CDU weiter zuspitzen. Frank Kuschel wird wegen seiner Vergangenheit weiterhin massiv angegriffen.

Mittlerweile liegen zwei Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft vor, die den Ilmenauer CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl vorwerfen, sich durch das Verschweigen seiner Tätigkeit beim Thüringer Verfassungsschutz bei der Landtagswahl am 14. 09. 2014 einen Vorteil verschafft zu haben. Er sucht im besten CDU-Stil die Schuld nicht bei sich, sondern bei uns und meint, ohne meinen Namen zu nennen, ich sei ein schlechter Verlierer und habe noch nicht verdaut, dass es Zeit für einen Generationswechsel sei. Na ja!

Jetzt steht jedenfalls fest, Herr Bühl war beim Thüringer Verfassungsschutz beschäftigt und als Begründung, warum er diese Tatsache in seiner Biographie zur Landtagswahl verschwiegen hat, sagt er in einem Interview mit dem „Freien Wort" vom 3. Januar 2015 wörtlich: „Wie viele aktive und ehemalige Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden habe ich in meinem Lebenslauf den übergeordneten Geschäftsbereich angegeben".

Herrn Bühl wird nichts passieren. Aber ich stelle mir schon die Frage: „Was ist mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS passiert, die diesbezügliche Fragen zu ihrer Biographie so beantwortet haben und nicht das Ministerium für Staatssicherheit als Arbeitsgeber angegeben hätten, sondern den Ministerrat als übergeordneten Geschäftsbereich?"

Wer die Zeit seit 1989/90, Evaluierungen etc., miterlebt hat, kennt die Antworten. Arbeitsplatzverlust im öffentlichen Dienst war das Mindeste.

Was den Vorwurf des „schlechten Verlierers" anbetrifft, will ich nur darauf verweisen, nicht wir haben die Wahl verloren, sondern die CDU. Wir haben Koalitionspartner für eine Regierungsmehrheit gewinnen können. Die CDU nicht. Im Land nicht und auch im Kreis nicht.

Heute habe ich in der Zeitung gelesen, dass es zumindest einen massiven Versuch von deren Seite gab, einen SPD-Abgeordneten zu überreden, Ramelow nicht als Ministerpräsidenten zu wählen. Das sind die Angriffe auf unsere Demokratie, die immer mehr Politikverdrossenheit erzeugen und die zurückzuweisen sind.

Genau da setzen wir 2015 an:
Mehr Demokratie wagen –
meint
Eckhard Bauerschmidt

Inhalt:

So gesehen	Seite 2
Krieg in Europa? Nicht in meinem Namen	Seite 3
DIE LINKE. Arnstadt ist umgezogen	Seite 4
Das Jahr 2015	Seite 5
Kurzinfo aus dem Kreisvorstand	Seite 6
Ilmenauer Stadtrat mit hohem Unterhaltungswert	Seite 6
Scharfe Auseinandersetzungen im Arnstädter Stadtrat	Seite 7
Ohne öffentliche Debatte: Wasser- und Abwassergebühren	Seite 9
Perfekte Ablenkung	Seite 10
Das aktuelle Buch – heute: Klaus Blessing „Die sozialistische Zukunft"	Seite 11
Dank für 2014 – Herausforderungen in 2015	Seite 12
Hilfe für die Kinder von Donezk	Seite 13
Leserbriefe	Seite 15
Termine	Seite 16

Mehr als 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien warnen in einem Aufruf eindringlich vor einem Krieg mit Russland und fordern eine neue Entspannungspolitik für Europa. Ihren Appell richten sie an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die Medien.
Initiiert wurde der Aufruf vom früheren Kanzlerberater Horst Teltschik (CDU), dem ehemaligen Verteidigungsstaatssekretär Walther Stützle (SPD) und der früheren Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne). "Uns geht es um ein politisches Signal, dass die berechtigte Kritik an der russischen Ukraine-Politik nicht dazu führt, dass die Fortschritte, die wir in den vergangenen 25 Jahren in den Beziehungen mit Russland erreicht haben, aufgekündigt werden", sagt Teltschik zur Motivation für den Appell.
Unterzeichnet haben den Text unter anderem die ehemaligen Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Eberhard Diepgen und Manfred Stolpe, der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Alt-Bundespräsident Roman Herzog und der Schauspieler Mario Adorf.

Der Aufruf im Wortlaut:

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.
Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden wor-

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

den. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der "Pariser Charta für ein neues Europa" vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein "Gemeinsames Europäisches Haus" errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.
Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.
Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.
Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: "Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen."

Bis zum Ukraine-Konflikt wähnten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

DIE LINKE.
bezieht neues Abgeordneten-büro in Arnstadt

Der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel und DIE LINKE haben seid dem 2. Januar ihr neues Büro in der Turnvater-Jahn-Str. 16 in Arnstadt bezogen. Dank des Einsatzes vieler Genossinnen und Genossen ist der Umzug von der Zimmerstraße in die Turnvater-Jahn-Straße reibungsfrei und schnell vollzogen worden. Viele haben sich eingebracht, dafür bedankt sich Frank Kuschel bei allen. In Kürze lädt Frank alle helfenden Hände zu einem Umtrunk ein, die offizielle Eröffnung und der Jahresempfang der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird dann am 18. März um 17.00 Uhr sein. Ein besonderer Dank geht an Klaus Häßner und Jost Leßmann für die Koordinierung des Umzuges.

Das Büro fungiert als Gemeinschaftsbüro mit dem Kreisvorstand DIE LINKE und der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Ab sofort ist die Bürogemeinschaft von montags bis freitags in der Zeit von 8.00 bis 11.00 Uhr geöffnet, weitere Termine können telefonisch unter 03628/602795 oder per Mail rgeschaeftsstelle@die-linke-ilmkreis.de erfragt werden. Jeden Dienstag und Donnerstag zwischen 10.00 und 12.00 Uhr bietet das Abgeordnetenbüro in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Arbeitslose und sozial Benachteiligte (ALSO) die Beratung in Sozialrecht, Betreuungsrecht und zu Vorsorgemaßnahmen an. Die Räumlichkeiten stehen auch Initiativen und Vereinen zur Verfügung, bei Interesse bitte melden unter kuchel.wkb@web.de.

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

Büros im Ilm-Kreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Turn-Vater-Jahn Straße 16; 99310 Arnstadt Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 14 bis 17 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro des MdL Frank Kuschel in Arnstadt
Turn-Vater-Jahn Straße 16, 99310 Arnstadt; E-Mail: info@frankkuschel.de; www.frankkuschel.de

Das Jahr 2015

Das abgelaufene Jahr 2014 hat uns genügend aktuelle Probleme hinterlassen, die auch im neuen Jahr unsere Aktivitäten erfordern.

Da ist die Situation in der Ukraine mit immer schärferen Auseinandersetzungen gegenüber Russland, die durch die Aufrüstung in der Ukraine selbst immer am Rand einer größeren militärischen Eskalation sind. Dabei betreiben die USA, die NATO und die EU, die BRD einbezogen, mit einer ständigen Bedrohung Russlands ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer, am Rande eines Krieges.

Da ist die Situation im Nahen Osten. Es gab im Jahr 2014 mehr Flüchtlinge, als in den Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Unter der Flagge der islamfeindlichen Pegida-Bewegung wird islamfeindliche Stimmung in der BRD erzeugt, die immer stärker in einen ausländerfeindlichen Hass umschlägt. Vertreter der AfD in Sachsen finden mit Vertretern der Pegida gemeinsame Schnittmengen. Hier sind auch von uns öffentliche Aktivitäten gefordert.

Weltweite Empörung ruft auch in der BRD das Attentat auf Redakteure der Pariser Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ hervor.

Die Bundesregierung mischt sich durch Erklärungen in den Wahlkampf am 25. Januar 2015 in Griechenland ein. Bereits die Möglichkeit eines linken Wahlsieges der SYRIZA in Griechenland mit einer möglichen Regierungsveränderung zugunsten der Linken ruft den ganzen Clan der Anhänger der neoliberalen EU-Sparpolitik auf den Plan. Bernd Riexinger, unser Parteivorsitzender, hat dazu in einem Interview im ND vom 09.01.2015 die Positionen der LINKEN dargelegt.

Wir sind also bereits am Jahresbeginn 2015 mitten in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen unserer Tage.

Was nun das Jahr 2015 anbelangt, so ist es nicht nur für uns Deutsche ein Jahr mit Jahrestagen, die Erinnerungen vor allem von uns nicht mehr ganz Jungen hervorrufen, aber gleichzeitig für ein Nie-Wieder stehen.

Es ist der 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Streitkräfte der Alliierten im Frühjahr 1945, für uns im Ilm-Kreis bereits in den Apriltagen, mit dem Sieg am 8. Mai 1945.

Zu den Debatten um die Befreiung Hitlerdeutschlands gehört auch die Tatsache, dass die Sowjetunion und ihre Rote Armee die meisten Opfer erbrachte und die Hauptlast dieses Krieges getragen hat. Historische Wahrheit, die immer stärker geleugnet wird.

„Auch dazu werden alte und neue geschichtsfälschende Diskussionen wieder erneut auftauchen.“

Was uns im Ilm-Kreis und in Thüringen anbelangt, so geht es um die Befreiung der Häftlinge des Außenlagers S III am 5. April durch Einheiten der US-Armee. Der dieser Befreiung vorangegangene Todesmarsch der Häftlinge begann am 2. April 1945 und führte über Orte unseres Kreises. Elf Stelen in unserem Kreis erinnern an diese Opfer des Todesmarsches vom April 1945.

Zu diesem Sommer des Jahres 1945 gehört auch am 1. Juli der vollzogene Wechsel der Besatzungsmächte, indem Thüringen, entsprechend den Entscheidungen der Alliierten der Siegermächte, Teil der sowjetischen Besatzungszone wurde. Auch dazu werden alte und neue geschichtsfälschende Diskussionen wieder erneut auftauchen.

Was den Neuanfang nach der militärischen Zerschlagung Hitlerdeutschlands anbelangt, so gab der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 die Orientierung auf die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland.

Bereits am zweiten Sonntag im September 1945 begannen Antifaschisten mit dem „Tag der Opfer des Faschismus“, nunmehr „Tag der Erinnerung und Mahnung“, den heute noch aktuellen Kampf gegen Neonazismus und Rechtsextremismus weiterzuführen.

Wenn über Jahrestage 2015 gesprochen und geschrieben wird, gehört auch der 25. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsunion, sprich Einführung der D-Mark in der noch DDR am 1. Juli 1990, dazu, der am 3. Oktober 1990 zum Ende der DDR mit dem Beitritt zum Grundgesetz der BRD nach Artikel 23 GG führte.

70. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus am 8. Mai 1945, 25. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD, Jahrzehnte einer deutschen Entwicklung im 20. Jahrhundert, dem „Zeitalter der Extreme“.

Es ist Alltagsgeschichte, die Generationen mitgestaltet und erlebt haben, auch in unserer engeren und weiteren Heimat.

Dazu gehören Flucht und Vertreibung in den Jahren 1945/46 und 2014/2015, also von Gestern und Heute.

Dazu hatten Gestern und haben Heute LINKE Verantwortung zu tragen.

Jochen Traut

Verstärkung gesucht! Unser LE-Kollektiv sucht immer nach Menschen, die sich mit in die Erstellung des Infoblattes einbringen wollen. Leserbriefe, Artikel oder Fotos zu den unterschiedlichsten Themen werden immer wieder gerne genommen. Nicht zögern, melden. 0179 1211942 oder unter schneider.arnstadt@gmail.com

Kurzinfo aus dem Kreisvorstand

Am 07.01. trafen sich die Mitglieder des Kreisvorstandes zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr.

Drei Punkte standen auf der Tagesordnung:
Erste Übersicht über die Ergebnisse der Finanzarbeit im Jahr 2014 und Eckpunkte des Finanzplanes 2015
Zur Situation der Geschäftsstellen in Arnstadt und Ilmenau
Erste Überlegungen zum Arbeitsplan des Kreisverbandes im Jahr 2015

Zum TOP 1 berichtete der Schatzmeister, Genosse Häßner, u.a. folgendes:
Der Plan der Beitragseinnahmen wurde mit 1.067 € oder -2,3% „untererfüllt". Das Beitragsaufkommen betrug 46.632 €. Es wurde ein Beitragsschnitt von 15,77 € je Mitglied und Monat erreicht.
Auch an der Erfüllung des Planes der EL-Beiträge fehlten 61 €; 1.199 € wurden eingenommen.
Den Plan der Spenden erfüllten wir mit einem Plus von 125% (!) und erreichten 13.491 €. Bei den Mandatsträgerbeiträgen war das Plus zum Plan 27,7%, die Einnahmen beliefen sich auf 13.026 €.
Zum Erfüllungsstand des Planes der Ausgaben konnten noch keine Aussagen getroffen werden, da dies durch Zuarbeit vom Landesschatzmeister erfolgt.
Zum November 2014 gab es im Kreisverband 23 Beitragsschuldner, die mit mehr als 6 Monatsbeiträgen im Rückstand waren und deswegen alle schriftlich angemahnt wurden. Die meisten reagierten und beglichen ihre Schulden. Zu drei Mitgliedern fasste der Vorstand den Beschluss, sie auf der Grundlage der Satzung unserer Partei als Mitglied zu streichen, da sie nicht auf das Schreiben reagierten.
Weiterhin beschloss der Kreisvorstand, fünf Mitglieder, die sich wegen ihres hohen Alters und ihres Gesundheitszustandes in Pflegeeinrichtungen befinden, auf Dauer von der Beitragspflicht zu befreien. Drei Mitglieder, die bisher zeitweilig von der Beitragszahlung befreit waren, wurden angeschrieben und aufgefordert, ihre Beitragszahlung wieder aufzunehmen.
Der Finanzplan 2015 wurde am 08.12.2014 durch den geschäftsführenden Vorstand im Beisein des Landesschatzmeisters erarbeitet und durch diesen bestätigt. Er wird auf einer Kreismitgliederversammlung im Februar durch den Schatzmeister erläutert und der MVS zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zum TOP 2:
Am 31.12.2014 beendeten wir das Mietverhältnis für unsere Geschäftsstelle in der Arnstädter Zimmerstraße. Seit 01.01. bilden wir als Kreisverband eine Bürogemeinschaft mit dem Wahlkreisbüro unseres Landtagsabgeordneten Frank Kuschel in Arnstadt, Turnvater-Jahn-Str. 16.
Das Büro hat seine Arbeit bereits aufgenommen; Resteinräumungsarbeiten sind noch zu erledigen.
Das Büro in Ilmenau am Topfmarkt wird bis 31.03.2015 maler- und einrichtungsmäßig überarbeitet und wird ab 01.04. als Gemeinschaftsbüro mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Renner genutzt.

Im TOP 3 beriet der Kreisvorstand erste Überlegungen zum Arbeitsplan 2015. Dazu legte Genosse Traut eine Übersicht der politischen Höhepunkte des Jahres 2015 vor, die in den Plan einfließen sollten. Dies wurde durch den Kreisvorstand bestätigt. Wichtig Eckpunkte des Planes sind:
Kreismitgliederversammlungen im Februar und September. Letztere zur Wahl des neuen Kreisvorstandes und zur Wahl von Delegierten für Landes- und Bundesparteitage
Veranstaltungen zur politischen Bildung (Politische Stammtische, Buchlesungen, Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung,...)
Wieder regelmäßige monatliche Beratungen des Kreisvorstandes und periodische Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes.

Im TOP „Sonstiges" beschloss der Kreisvorstand auf Vorschlag des Genossen Pein, den Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!" zu unterstützen.
Des Weiteren diskutierte der Kreisvorstand über Wege und Möglichkeiten, der Verbesserung der Kommunikation untereinander.

Klaus Häßner

Ilmenauer Stadtrat mit hohem Unterhaltungswert

Eine wichtige Frage wurde im Ilmenauer Stadtrat gleich zu Beginn geklärt. Herr Sandmann saß auf seinem alten Platz und bleibt parteiloses Mitglied der SPD-Fraktion. Von einem Parteiaustritt der„ Weihnachtsfeierverweigerin" Wilinski war trotz mehrfacher hoffnungsvoller Ankündigung nicht die Rede. Der Ilmenauer Urologe Dr. Mohr erklärte seinen Rücktritt aus dem Stadtrat wegen starker beruflicher und gesellschaftlicher Belastung. Um den sich stark aufdrängenden Verdacht, das sei schon immer so geplant, zu mindern, kritisierte er das Verhalten von Gunther Kreuzberger (Bockwür-ste). Es war halt doch nur einer der Versuche, die Macht der CDU zu erhalten.
Richtig spannend wurde dann die Diskussion über den Erhalt des Schülerfreizeitzentrums Ilmenau. Im Vorfeld hatte der OB bereits erklärt, dieses habe für ihn keine Priorität und sei alleinige Aufgabe des Kreises. Man unterstütze den Heimattierpark bereits seit Jahren mit 32.000 Euro und gebe materielle und personelle Unterstützung. Angesichts der hohen Ausgaben für eine neue Schwimmhalle und die Festhalle sei man überdies finanziell am Anschlag. Unsere Fraktion verlangte in einem Beschlussantrag das klare Bekenntnis der Stadt zum Erhalt. Nach Diskussionen im Sozial - und Gleichstellungsausschuss sowie dem Kultur- und Sportausschuss hatten wir den Antrag zwei Mal geändert, um einen Kompromiss zu erreichen.
Eckhard brachte den neuesten Entwurf ein nach Abstimmung mit Herrn Rindermann. In unserer Haushaltsrede machte ich klar, dass unsere Zustimmung zum Haushalt an die Annahme dieses Beschlusses gebunden ist. Das Hin- und Herschieben der Verantwortung verstehen die Bürger nicht. Ilmenau ist der hauptsächliche Nutznießer dieser Einrichtung. Wir können keinen „geistigen Maschendrahtzaun" um die rapide abrissgefährdeten Baracken errichten! Als sich eine Ablehnung spürbar machte, haben wir in einer Auszeit nochmals mit Bockwurst/Bürgerbündnis beraten und einen Kompromissvorschlag eingereicht. Der wurde dann mehrheitlich angenommen.
Der OB hatte unsere Arbeitsgeschwindigkeit unterschätzt und kam etwas später. Der CDU-Fraktion, die an diesem Tag von Andreas Bühl geführt wurde (ein Segen, denn Fastner hätte die Fraktion mehr im Griff gehabt) war sehr unwohl dabei. Es gab den Vorschlag, den OB genauer zu informieren und die Abstimmung zu wiederholen. Das ging natürlich nicht. Da hat das Ilmenauer Modell unter Sonderbedingungen auch mal in der anderen Richtung funktioniert! Gefährdet war unser Vorhaben durch eine Pressemitteilung des GmbH-Beirates als Betreiber des SFZs. Der hatte sich gegen eine öffentliche Diskussion gewandt, wohl in der Hoffnung, den OB intern noch überzeugen zu können.
Einen weiteren, wenn auch kleinen Erfolg, gab es bei der Frage der Personalbesetzung im Museum. Dort sind 1,8 Stellen vorgesehen, obwohl der Mindestbedarf von Fachleuten mit 2,5 Stellen festgelegt wurde. Die gab es bei der Eröffnung auch mal. Der Kultur- und Sportausschuss war mit der Verminderung sehr unzufrieden. OB und CDU waren jedoch der Meinung, dann kämen auch von anderen Ämtern solche Forderungen. Geeinigt haben wir uns schließlich auf einen Prüfauftrag an den OB. Er soll im März über die Ergebnisse berichten. Die Linke hat sich hier wieder mit Bockwurst/Bürgerbündnis gemeinsam sehr ins Zeug gelegt. Das wird von der kulturinteressierten Bevölkerung auch entsprechend gewürdigt.
Wir können also mit Optimismus in das neue Jahr gehen!

Dr. Klaus Leuner

Scharfe Auseinandersetzungen im Arnstädter Stadtrat

Es wird nach Überzeugung der LINKEN immer offensichtlicher, dass der Arnstädter Bürgermeister die Stadt in die Schockstarre führt. Die Stadtverwaltung ist nicht mehr voll funktionsfähig, weil wegen der angespannten Arbeitsatmosphäre ein überdurchschnittlicher Krankenstand besteht und bisherige Leistungsträger die Stadtverwaltung verlassen. Investitionen werden verschoben. Die Finanzlage wird dramatisiert. Jetzt wird Arnstadt auch noch als eine unsichere Stadt mit hoher und zunehmender Kriminalität beschrieben.

Letztlich setzt der Bürgermeister seinen Plan fort, die städtische Wohnungsbaugesellschaft (WBG) in die Handlungsunfähigkeit zu führen.

Wenige Tage vor Weihnachten wollte im Arnstädter Stadtrat einfach keine Weihnachtsstimmung aufkommen. Aus Sicht des Bürgermeisters Alexander Dill (Der Unabhängige) störte wieder einmal DIE LINKE diesen Weihnachtsfrieden. DIE LINKE verweigert dem Bürgermeister immer noch die uneingeschränkte Gefolgschaft. Und diese Verweigerungshaltung ist für den Bürgermeister nicht hinnehmbar. DIE LINKE hingegen wirft dem Bürgermeister diktatorisches Agieren vor. Demokratische Entscheidungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse und Gremien werden durch den Bürgermeister nicht umgesetzt. Zudem trifft der Bürgermeister zunehmend Entscheidungen ohne die gebotene Beteiligung des Stadtrates.

Drehverbot für Fernsehteam in öffentlicher Stadtratssitzung

Von der vor der Bürgermeisterwahl zugesagten Transparenz und stärkeren Bürgerbeteiligung ist in der Amtsführung des Bürgermeisters überhaupt nichts mehr zu spüren.
So sorgte der Bürgermeister gemeinsam mit Pro Arnstadt, CDU und Teilen des Bürger-Projektes dafür, dass in der öffentlichen Stadtratssitzung ein ARD-Fernsehteam Drehverbot erhielt. Ein solcher Vorgang im 25. Jahr der politischen Wende ist skandalös und inakzeptabel. In den meisten Kommunen ist eine solche Drehgenehmigung überhaupt kein Problem. In Arnstadt ist aber offenbar die Zeit stehengeblieben. Nur keine Öffentlichkeit, dafür Stadtpolitik hinter verschlossenen Türen, geprägt von Lobbyisteninteressen. Da sagt DIE LINKE nein und akzeptiert dafür den Vorwurf der Störung des Weihnachtsfriedens.

Städtische Wohnungsbaugesellschaft soll offensichtlich abgewickelt werden

Die Verluste der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WBG) betrugen 2013 über drei Millionen Euro. Ein Teil dieser Verluste resultiert aus der bisherigen Nichtumsetzung des Wohnungssanierungsvorhabens „An der Weiße“. Diese Sanierung war vom Stadtrat und Aufsichtsrat beschlossen. Die Verwirklichung wird aber seit 2012 vom Bürgermeister verhindert. Dies hat der WBG bisher direkte und indirekte Verluste von über einer Million Euro verursacht. DIE LINKE will dafür den Bürgermeister persönlich in Haftung nehmen und sieht sogar Ansätze für ein strafbares Handeln. Der Bürgermeister wehrt sich und hält an seinem Plan der offensichtlichen Abwicklung und Neustrukturierung der WBG fest.
Auf Antrag des Bürgermeisters beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Jahresabschluss der WBG für 2013. Wie bereits 2012 wollte dabei der Bürgermeister auch für 2013 dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung keine Entlastung erteilen. Damit war unausgesprochen der Vorwurf verbunden, dass die Geschäftsführung ihre Aufgaben nicht erfüllt und der Aufsichtsrat seiner Kontrollfunktion nicht nachkommt. Diese Bürgermeistervorwürfe sind völlig unhaltbar, haben doch die Wirtschaftsprüfer uneingeschränkt für beide Jahre die Jahresabschlüsse bestätigt und die Entlastung empfohlen. Trotz mehrfacher Aufforderung hat der Bürgermeister die Entlastungsverweigerung nicht begründet. Dies ist aber gesetzlich vorgeschrieben. DIE LINKE hatte deshalb im Stadtrat die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates beantragt. Nach dem verbalen Schlagabtausch wurde zunächst die Sitzung unterbrochen. Nach der Unterbrechung und Gesprächen zwischen dem Bürgermeister und den Fraktionen wurde über den Entlastungsantrag der LINKEN abgestimmt. Etwas überraschend erhielt der Antrag der LINKEN sogar eine Mehrheit. Doch das Abstimmungsergebnis war schon kurios. Alle sieben Stadträte der LINKEN stimmten für die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der WBG. Es gab nur eine Gegenstimme und zwar die vom Bürgermeister. Alle übrigen 23 Stadträte enthielten sich der Stimme. Das überrascht, sind doch alle Fraktionen auch im Aufsichtsrat vertreten. Jetzt bleibt abzuwarten, ob der Bürgermeister diesen Beschluss akzeptiert und umsetzt oder ob der den Beschluss beanstandet oder wie so oft einfach ignoriert.

„Hochsprung mit Musik“ darf nicht sterben

2015 wird nach 38 Jahren erstmals in Arnstadt die Traditionsveranstaltung „Hochsprung mit Musik“ nicht stattfinden. Nachdem der bisherige Organisator und Koordinator Hubertus Triebel aus Altersgründen ausgeschieden war, hatte der Stadtrat auf Antrag der LINKEN den Bürgermeister beauftragt, mit dem Förderverein und anderen Beteiligten die Fortführung der Traditionsveranstaltung zu prüfen. Was folgte war nicht gerade Tatendrang, geprägt vom ernsthaften Willen, den Fortbestand von „Hochsprung mit Musik“ zu sichern.

Nach mehrfacher Aufforderung sah sich der Bürgermeister „genötigt“, Gespräche zu führen. Die Ergebnisse waren ernüchternd und beispielhaft für die Stadtpolitik der letzten zwei Jahre. Was nicht ein Projekt des Bürgermeisters ist, hat kaum eine Chance. Und die Prüfungsergebnisse des Bürgermeisters sind in diesen Fällen immer identisch: „Die Idee ist gut, geht aber nicht umzusetzen“. Im vorliegenden Fall wurde keine Person gefunden, die die notwendigen und vielfältigen Aufgaben und Maßnahmen für eine solche Veranstaltung koordiniert und organisiert. Damit war die Sache für den Bürgermeister erledigt und er wollte diese Akte schließen.

Doch für DIE LINKE ist „Hochsprung mit Musik“ viel zu wichtig für die Stadt, um sie dem Unwillen eines Bürgermeisters zu opfern. Deshalb beantragte DIE LINKE im Stadtrat, dass in der Stadtverwaltung eine Koordinationsstelle für die Veranstaltung „Hochsprung mit Musik“ geschaffen wird. Die Kosten betragen zwar im Jahr rund 50.000 Euro. Die wirtschaftlichen und finanziellen Effekte der Traditionsveranstaltung übersteigen jedoch um ein Vielfaches diese Kosten. Ob dies der Bürgermeister und eine Stadtratsmehrheit auch so sehen, wird nun in den Ausschüssen weiter diskutiert. Ein erstes Ziel hat der Bürgermeister aber leider schon erreicht: 2015 wird des definitiv kein „Hochsprung mit Musik“ geben. Hat das Arnstadt wirklich verdient?

Arnstadt ist eine der sichersten Städte

Pro Arnstadt und die CDU sehen die Sicherheit in Arnstadt durch steigende Kriminalität gefährdet. Sie fordern eine stärkere Polizeipräsenz und sogar den Aufbau einer Bürgerwehr. Unverhohlen wird die steigende Kriminalität mit der steigenden Anzahl von Mitmenschen mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingen in Zusammenhang gebracht.

Auf Antrag der CDU informierte der bisherige Chef der Polizeiinspektion im Ilm-Kreis den Stadtrat über die aktuelle Kriminalitätsentwicklung in Arnstadt. Die Kriminalität steigt zwar in Arnstadt, aber trotzdem ist Arnstadt weiterhin eine der sichersten Städte.
Die Polizei warnt davor, in den sozialen Netzwerken wie twitter und facebook einzelne Straftaten zu dramatisieren und sogar überspitzt zu fälschen.
DIE LINKE hält auch die Aufstellung einer Bürgerwehr für wenig hilfreich. Mehr Polizeipräsenz, wie sie von der CDU gefordert wird, hält auch die LINKE für geboten. Doch damit wird sich Kriminalität nicht in Luft auflösen. Wichtiger ist die Förderung von sozialen und Jugendprojekten. Ebenso müssen Projekte zur Drogenprävention stärker gefördert werden. Hier sind nicht nur die Stadt, sondern auch der Landkreis und das Land gefordert.
Im Übrigen bestätigt die Kriminalitätsstatistik, dass es in Arnstadt keinesfalls eine steigende „Ausländerkriminalität“ gibt.
Jede Straftat ist eine zu viel und die Ängste und Verunsicherungen der Betroffenen sind verständlich, sie brauchen Unterstützung und Hilfe, auch seitens der Stadt. DIE LINKE warnt aber vor einer politischen Instrumentalisierung. In der Debatte zum Stadthaushalt 2015 wird sich zeigen, ob Pro Arnstadt und CDU ihren Forderungen auch Taten folgen lassen. DIE LINKE wird beide Fraktionen beim Wort nehmen.

Frank Kuschel

Gebührenfreies Kindertagesstättenjahr wird Arnstädter Haushalt nicht zusätzlich belasten

Das von Rot-Rot-Grün geplante gebührenfreie Kindertagesstättenjahr wird den Arnstädter Haushalt nicht zusätzlich belasten. Diesbezügliche Spekulationen des Arnstädter Bürgermeisters in der Öffentlichkeit und der Presse sind völlig unbegründet. Wenn dieses Projekt des Landes umgesetzt wird, erfolgt die Finanzierung (ca. 15 bis 20 Mio. Euro pro Jahr) aus dem Landeshaushalt. Die Mittel stehen durch die gleichzeitig Abschaffung des Landeserziehungsgeldes (ca. 28 Mio. Euro im Jahr) zur Verfügung. Das Landeserziehungsgeld kann gestrichen werden, das es zwischenzeitlich ein Erziehungsgeld des Bundes gibt.
Auch wenn die Finanzsituation in der Kreisstadt angespannt ist, besteht aus Sicht der LINKEN überhaupt kein Grund, die Lage derart zu dramatisieren, wie dies der Bürgermeister seit Wochen tut.
Es deutet sich zunehmend an, dass der Bürgermeister überhaupt kein Finanzkonzept für die Stadt hat. Seit seinem Amtsantritt 2012 hat er für seine Haushaltsentwürfe keine Stadtratsmehrheit finden können. Es waren die Fraktionen im Stadtrat, die für die jährlichen Haushaltspläne gesorgt haben. Die Forderung des Bürgermeisters nach deutlicher Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer wurde dabei durch eine Mehrheit im Stadtrat umgesetzt. Der Appell des Bürgermeisters, dass die Fraktionen Verantwortung für die Stadt übernehmen sollen, läuft insofern an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbei.
Jetzt will der Bürgermeister die Kindertagesstättengebühren drastisch erhöhen und zudem das Projekt „entgeltfreies Essen“ stoppen. Die Gebührenerhöhung ist nach Überzeugung der LINKEN ein falsches familienpolitisches Signal und zudem auch nicht finanziell begründbar. Die Stadt gibt für die Kindertagestättenbetreuung in den eigenen Einrichtungen und den Einrichtungen der freien Träger jährlich rund 7,5 Mio. Euro aus. Andererseits erhält die Stadt direkte und indirekte Landeszuschüsse für diesen Bereich in Höhe von fast 5,5 Mio. Euro. Gemessen an den Gesamtsteuereinnahmen verwendet die Stadt nur rund zehn Prozent der eigenen Steuereinnahmen für die Kita-Finanzierung. Bei der Finanzbedarfsermittlung geht das Land aber davon aus, dass die Stadt rund 17 Prozent der eigenen Steuereinnahmen für die Finanzierung der Kinderbetreuung einsetzt. Würde die Stadt dies auch tatsächlich tun, müssten die Kita-Gebühren keinesfalls erhöht werden und zudem wäre auch das entgeltfreie Essen finanzierbar.
Dass jetzt die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept beschließen muss, ist ein klassisches „Eigentor“, wozu der Bürgermeister die Steilvorlage geliefert hat. Obwohl die Stadt seit 2012 keinen Kassenkredit in Anspruch nehmen musste, hat der Bürgermeister eine drastische Erhöhung des Kreditrahmens bei der Rechtsaufsicht beantragt. Das Landratsamt hat diesen Antrag zum Anlass genommen, die Finanzlage der Stadt als angespannt zu bewerten und nunmehr die Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes verlangt. Bis heute sind die Motive des Bürgermeisters hierfür unklar.
Eine Erklärung erscheint plausibel, auch wenn sie spekulativ ist: Der Bürgermeister will über das Haushaltssicherungskonzept den von ihm geplante Umbau der Stadt vollziehen und dabei die bestehende soziale und kulturelle Infrastruktur erheblich ausdünnen. Die soziale Funktion der Stadt würde dadurch eingeschränkt. Eine solche Entwicklung hält die LINKE für falsch und unnötig.

Frank Kuschel

DIE LINKE im Stadtrat Arnstadt erhebt schwere Vorwürfe gegen den Bürgermeister Alexander Dill. Nach Überzeugung der LINKEN hat der Arnstädter Bürgermeister ohne Ermächtigung Gutachteraufträge im Umfang von mehr als 10.000 Euro ausgelöst. DIE LINKE will jetzt prüfen lassen, inwieweit hier der Verdacht auf Untreue begründet ist.

Darf der Arnstädter Bürgermeister ohne Ermächtigung Geld ausgeben?

Im jüngsten Finanzausschuss der Stadt Arnstadt beantragte der Bürgermeister die nachträgliche Genehmigung von Ausgaben für diese Gutachten im Zusammenhang mit dem Wohnungsbausanierungsvorhaben „An der Weiße“ und der Tilgung der Schulden der ehemaligen Gemeinde Rudisleben. Für diese Auftragsauslösung hatte der Bürgermeister jedoch keine haushaltsrechtliche Genehmigung. Das heißt, im Haushaltsplan 2014 waren dafür keine Mittel vorgesehen.
Für einen solchen Fall gibt es nach Auffassung der LINKEN klare kommunalrechtliche Regelungen, die auch für den Arnstädter Bürgermeister gelten müssen. Gibt es im Haushaltsplan keine Gelder für eine bestimmte Maßnahme, muss der Bürgermeister diese ab einer bestimmten Summe als über- oder außerplanmäßige Ausgabe beim zuständigen Ausschuss oder dem Stadtrat beantragen. Erst wenn das zuständige Gremium diese zusätzlichen Ausgaben bestätigt hat, darf der Auftrag ausgelöst werden. Der Arnstädter Bürgermeister hat aber zunächst die Aufträge ausgelöst. Die Gutachten liegen vor und wurden bereits gezahlt. Und erst nachträglich will nun der Bürgermeister hierfür die Genehmigung. DIE LINKE spricht in dem Zusammenhang von offener Untreue.
Aber auch der zuständige Finanzausschuss sieht erhebliche rechtliche Probleme und hat den Rechnungsprüfungsausschuss eingeschaltet.
Der Bürgermeister sieht erwartungsgemäß die Sache anders und weist die Vorwürfe der LINKEN zurück. Nach seiner Überzeugung reicht der Beschluss des Stadtrates, wonach der Bürgermeister eine rechtssichere Regelung zum künftigen Umgang mit den Schulden der Gemeinde Rudisleben prüfen soll, aus, um hierfür erforderliche Prüfungsaufträge ohne haushaltsrechtliche Ermächtigung auslösen zu können.
DIE LINKE hält dem entgegen, dass hier der Bürgermeister grob fahrlässig handelt oder sogar vorsätzlich rechtliche Regelungen missachtet. Der besagte Stadtratsbeschluss beinhaltet nur einen Prüfauftrag für die Verwaltung. Der Stadtrat konnte dabei davon ausgehen, dass in der Stadtverwaltung das geeignete fachliche Personal für eine derartige Prüfung vorhanden ist. Kommt der Bürgermeister jedoch zur Überzeugung, dass die Stadtverwaltung einen solchen Auftrag nicht erfüllen kann und deshalb Gutachter von außerhalb beauftragt werden müssen, ist hierüber der Stadtrat zu informieren. Diese Information schließt auch die Kosten für die externe Rechtsberatung ein. Es obliegt dann ausschließlich dem Stadtrat oder einem beauftragten Ausschuss, zu entscheiden, ob externe Gutachter zum Einsatz kommen und die hierfür erforderlichen Mittel auch bereitgestellt werden. Dies ist im vorliegenden Fall aber durch den Bürgermeister nicht geschehen.
Zudem ist völlig unklar, was eine vom Bürgermeister in Auftrag gegebene Überprüfung der geplanten Kosten für das Bauvorhaben „An der Weiße“ mit den Schulden von Rudisleben zu tun hat.
DIE LINKE will den gesamten Vorgang zum Gegenstand der nächsten Stadtratssitzung machen. Dabei soll geklärt werden, ob möglicherweise der Bürgermeister seine Pflichten verletzt hat und wer für den Schaden, der der Stadt eventuell entstanden ist, aufkommen muss.

Frank Kuschel

Ohne öffentliche Debatte: Wasser- und Abwassergebühren

Die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) haben wenige Tage vor Weihnachten eine Erhöhung der Wasser- und Abwassergebühren beschlossen. Demnach steigen ab dem 1. Januar 2015 die Wasser- und Abwassergebühren um rund fünf Prozent. Berücksichtigt man jedoch auch die Erhöhung der Grundgebühren, beträgt der Anstieg bis 15 Prozent.
Der nun beschlossene Gebührenanstieg kommt doch etwas überraschend. Im Vorfeld gab es keinerlei Informationen an die Öffentlichkeit. Auch der Verbraucherbeirat, der eigentlich im Interesse der Gebührenzahler die Bürgermeister in der Verbandsversammlung berät, Empfehlungen gibt und auch eine Kontrollfunktion ausübt, wurde weder informiert, noch zu einer Sitzung einberufen. Auf der Internetseite des WAZV sucht man nach Informationen über diese Gebührenerhöhungen und die dazu gehörigen Kalkulationsdaten vergebens. Die Gemeinde- und Stadträte wurden ebenfalls nicht informiert, von einer Beteiligung ganz zu schweigen.
Mit dieser Politik der Abschottung bleiben sich die Bürgermeister treu. Transparenz und Einbeziehung der Öffentlichkeit sind für die Bürgermeister weiterhin Fremdwörter und offenbar sogar Störfaktoren. Besonders enttäuschend ist, dass der seit zwei Jahren als Verbandsvorsitzender tätige Bürgermeister von Arnstadt, Alexander Dill (Der Unabhängige), die Verbandspolitik seiner Amtsvorgänger ohne Korrektur fortsetzt. Dabei hat der Arnstädter Bürgermeister vor seiner Wahl für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung geworben. Doch all diesen schönen Worten folgte bisher nicht eine Tat.
Doch warum scheuen die Bürgermeister die Öffentlichkeit derart? Sie schaffen selbst den Raum für Spekulationen. Und gegen Spekulationen helfen nur Offenlegung, Transparenz und Bürgerbeteiligung. Deshalb sind die Bürgermeister aufgefordert, umgehend die Gebührenkalkulation offen zu legen. Nur dadurch kann nachvollzogen werden, weshalb die Gebühren steigen müssen. Gerade im Wasserbereich müssen die Bürgermeister erklären, weshalb jahrelang Gewinne an die Mitgliedsgemeinden ausgeschüttet wurden und jetzt die Gebühren erhöht werden müssen. Die Gerüchteküche besagt, dass sich der Verband bei den Wasser- und Abwassermengen der Unternehmen im Industriegebiet „Erfurter Kreuz“ erheblich verkalkuliert hat. Wenn dem so ist, wäre zu prüfen, ob derartige Fehlkalkulationen zum Schluss die Bürgerinnen und Bürger bezahlen dürfen und müssen.
DIE LINKE wird dem Bürgermeister im Arnstädter Stadtrat zur Stellungnahme auffordern, um nun endlich Klarheit zu fordern. Dabei muss der Bürgermeister auch Stellung dazu nehmen, weshalb er die Öffentlichkeit täuscht, indem er behauptet, dass die jetzige Gebührenerhöhung frühere Gebührensenkungen noch unterschreitet. Diese Darstellung stimmt nur in Bezug auf die Verbrauchs- und Einleitungsgebühren. Rechnet man die Grundgebühren jedoch mit hinzu, und das muss man, sind die Gebühren im WAZV kontinuierlich gestiegen. Im Übrigen waren die formalen Gebührensenkungen in der Vergangenheit kein „Geschenk“ der Bürgermeister. Vielmehr waren die Senkungen das Ergebnis der berechtigen Bürgerproteste. Es gibt keinen Grund für die Bürgermeister, den Bürgerinnen und Bürgern zu misstrauen. Sie sollten bedenken, dass letztlich die Bürgerinnen und Bürger neben den Unternehmen die Kunden des WAZV sind.

Frank Kuschel

Perfekte Ablenkung

Seit Wochen erleben wir Montag für Montag in Dresden islamfeindliche Demonstrationen der Pegida-Bewegung. Die Veranstalter spielen mit den Ängsten der Menschen, die von den Herrschenden gezielt geschürt werden. Seit Jahren wird von Regierungsseite vor der Gefahr des islamistischen Terrors, auch in Deutschland und Europa, gewarnt. Die „islamistische Terrorgefahr“ dient der Rechtfertigung für zunehmende Überwachungsmaßnahmen des Staates gegen jedermann.
Bundesinnenminister de Maiziére erklärte in einem Tagesschau-Interview am 11.1.15, wie wichtig doch die Zusammenarbeit mit der NSA, trotz des Abhörskandals, sei, um der Terrorgefahr Herr zu werden. Nachdem man lange genug auf die Menschen eingehämmert hat, bekommen einige tatsächlich Angst. Die Mächtigen haben selbst den Nährboden für Pegida geschaffen und tun offensichtlich alles, um diese Angst weiter zu schüren. Niemand diskutiert darüber, daß Juden, Christen und Moslems offensichtlich den gleichen Gott anbeten. Die Glaubensartikel des Islam beinhalten den Glauben an:

den einzigen Gott
seine Engel
seine Offenbarung (die heiligen Bücher Tora und die Evangelien)
seine Gesandten, die Propheten, darunter Adam, Abraham, Moses, Jesus und
zuletzt Mohammed)
den Tag des Jüngsten Gerichts und das Leben nach dem Tod. Sowohl nach christlicher als auch nach moslemischer Auffassung wird der Mensch sich am Tag des
Jüngsten Gerichts für seine Tat zu verantworten haben. Er wird entweder im Höllenfeuer bestraft oder aber mit dem Paradies belohnt.
die Vorherbestimmung

Offensichtlich sind alle drei monotheistischen Weltreligionen Spielarten der gleichen Grundreligion. Offensichtlich beten Juden, Christen und Moslems den gleichen Gott an. Die noch nicht Pisa-Geschädigten erinnern sich an die Ringparabel aus Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise“ aus dem Jahre 1779. Niemand diskutiert mehr über die Gemeinsamkeiten der drei großen Weltreligionen und ihre zeitlos humanistische Botschaft.

Ich kann nicht verhehlen, ich halte die ganze Auseinandersetzung, die jetzt geführt wird, für ein gefährliches Ablenkungsmanöver, da niemand darüber zu diskutieren scheint, warum Millionen Menschen auf der Flucht sind und auch Hunderttausende bei uns in Deutschland Schutz suchen. Niemand fragt danach, wer waren die Geldgeber der Isis-Milizen? War das nicht vor 1 oder 2 Jahren die sogenannte bewaffnete Opposition in Syrien, die von Saudi-Arabien - übrigens dem Hauptverbündeten der USA und der arabischen Welt - und der Türkei unterstützt wurde? Sind wir nicht selbst mit unserem Schweigen, ob gewollt oder ungewollt, mit verantwortlich, und zwar jeder einzelne von uns, für die humanitären Katastrophen, die Auslöser der Fluchtbewegungen in dieser Welt sind?
Die LINKE sollte in diesem Augenblick in Deutschland und Europa ihre Stimme erheben. Während man über Islamisierung, Pegida und „islamistischen Terror“ diskutiert, wird uns der Blick verstellt für die wachsende Kriegsgefahr in Europa. Während der Normalbürger Zivilcourage in einem Bündnis gegen rechts zeigen soll, kooperiert die Bundesregierung mit Politikern, die offensichtlich Neonazis sind.
Am 7.1.15, um 22.45 Uhr wurde ein Interview des ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk in den Tagesthemen ausgestrahlt. Unter anderem wurde hier folgende Erklärung abgegeben:

„Die russische Aggression in der Ukraine, das ist der Angriff auf die Weltordnung und auf die Ordnung in Europa. Wir können uns alle sehr gut auf den sowjetischen Anmarsch in die Ukraine und nach Deutschland erinnern. Das muss man vermeiden und keiner hat das Recht, die Ergebnisse des II. Weltkrieges neu zu schreiben und das versucht, der russische Präsident Herr Putin zu machen.“

Der ukrainische Ministerpräsident darf im deutschen Fernsehen unwidersprochen behaupten, die Sowjetunion habe im II. Weltkrieg die Ukraine und Deutschland überfallen. Offensichtlicht hat Deutschland eigentlich mit seinen Verbündeten den II. Weltkrieg gewonnen und nun versucht der russische Präsident Herr Putin diese Ergebnisse des II. Weltkrieges zu korrigieren, so die Sicht des ukrainischen Ministerpräsidenten.
Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk wurde von unserem Bundespräsidenten mit großer Freundlichkeit empfangen und erhielt eine Bürgschaftszusage der deutschen Bundesregierung in Höhe von 500 Millionen Euro. Die Politik dieser Regierung ist eine Schande für Deutschland.
Der Kontinent wird systematisch an den Rand einer neuen Katastrophe gebracht. Lassen wir uns von einer „Islamisierungsdebatte“ nicht von den tatsächlichen und realen Gefahren ablenken, sondern treten wir dem entgegen, solange es noch Zeit ist!

Gerhard Pein

Das aktuelle Buch – heute: Klaus Blessing

„Die sozialistische Zukunft“
Kein Ende der Geschichte! Eine Streitschrift

Wer ist Klaus Blessing? Geboren 1936 in Liegnitz. 1958 Abschluss als Dipl. Wirtschaftler an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Betriebswirtschaftliche Tätigkeit in metallurgischen Betrieben und Kombinaten der DDR; 1970 Abteilungsleiter, ab 1980 Staatssekretär im Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali. Promotion an der Bergakademie Freiberg zum Dr. oec., 1986 bis 1989 Abteilungsleiter Maschinenbau und Metallurgie im ZK der SED; Autor mehrerer Sachbücher u.a. Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? (2003), Die Schulden des Westens (2010), Der Osten hängt am Tropf zusammen mit Wolfgang Kühn, mit Manfred Manteufel Joachim Gauck. Der richtige Mann? (2013); Publizist in mehreren Tageszeitungen.

Nimmt man die Kapitel I bis X und die beigefügten Anlagen, ist es ein breit angelegtes Buch, das man so hinter dem Titel „Die sozialistische Zukunft“ auf den ersten Blick nicht wahrnimmt. Es sind zumeist Fragezeichen, die über den einzelnen Kapiteln stehen. Keine fertigen Antworten auf die Fragen. Der Leser sollte versuchen, sich manche Fragen selbst zu beantworten bzw. Anregungen entnehmen zum eigenen Weiterdenken. Es sind keine fertigen Rezepte, die uns Klaus Blessing bietet, und mitunter gibt es auch Denkanstöße, um bei anderen Autoren und anderen Buchtiteln weitere Fragen oder auch Antworten zu finden.

Hier die Titel der einzelnen Kapitel:
Vorwort: Warum dieses Buch?
I. Der Mensch – das Maß aller Dinge?
II. Die Welt mit anderen Augen sehen
III. Ist die Finanzkrise die größte Herausforderung für die Menschheit?
IV. Die Bevölkerungsexplosion – ein Kardinalproblem?
V. Warum ist der in Europa praktizierte Sozialismus gescheitert?
VI. Welche Maßnahmen sollten eine erneuerte sozialistische Gesellschaft prägen?
VII. Gibt es Gesetzmäßigkeiten für den Übergang zum Sozialismus?
VIII. Der chinesische Weg – ein Beispiel für die Welt?
IX. Südamerika – eine Region im Aufbruch
X. Epilog: Wie weiter?
Anlagen

Zur Aktualität des Kapitels V.
Nach all den Debatten um den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9. November 1989 steht uns im Jahr 2015 der fünfundzwanzigste Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsunion - die Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli 1989 und am 3. Oktober des gleichen Jahres, der Beitritt der Länder der DDR zur BRD nach Artikel 23 Grundgesetz „ins Haus“.
Im Zentrum dieser Debatten dürfte die Frage nach der „Pleite“ der DDR stehen.
Im Kapitel V „Warum ist der in Europa praktizierte Sozialismus gescheitert?“ stellt der Autor im Untertitel die Frage „Wo stand die DDR-Wirtschaft 1989 wirklich?“ Dazu heißt es auf der Seite 79:
„In der Auseinandersetzung mit der DDR-Wirtschaft ist die >Verschuldungsproblematik< nach wie vor von besonderer Brisanz. Daran sind leitende Wirtschaftsfunktionäre der DDR nicht unschuldig. Von Anfang an bis heute konzentriert sich die Propaganda des politischen Gegners – und nicht nur von diesen – auf die Behauptung: Die DDR war doch Pleite, das hat doch ihr Herr Schürer selbst aufgeschrieben. In der Tat: In dem nun schon berühmt-berüchtigten Schürer-Bericht vom 30. Oktober steht geschrieben: „Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zulasten der Verschuldung im NSW, die sich von zwei Mrd. VM im Jahr 1970 auf 49 Mrd. VM im Jahr 1989 erhöht hat ... Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen ...“. „Das Dokument war Panikmache. Es entsprach nicht der realen Lage. Die tatsächliche Lage ist seit 1999 der Öffentlichkeit zugänglich. Die Deutsche Bundesbank stellte klar: > Die internationalen Finanzmärkte sahen die Situation jedoch nicht kritisch an. Sowohl im Jahre 1988 als auch 1989 konnten DDR-Banken Rekordbeträge im Ausland aufnehmen ... Netto, das heißt nach Abzug der Devisenreserven, erreichte die Verschuldung gegenüber westlichen Ländern im Krisenjahr 1982 mit 25,1 Mrd. VM ihren Höhepunkt. Bis Ende 1985 ging sie auf 15,5 Mrd. DM zurück. Danach wuchsen sie wieder an; Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung 19,9 Mrd. VM<.
Hinzu kommt, dass diesen Schulden im NSW nach Abschlussbilanz der DDR bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBZW) in Moskau im Jahr 1990 Guthaben von umgerechnet 23,4 Milliarden DM in sozialistischen Ländern gegenüber standen. Die DDR hatte also zum Zeitpunkt ihres Untergangs überhaupt keine Auslandsschulden!“ ... „Das ist angesichts der aktuellen Rundum-Verschul-dung führender kapitalistischer Staaten eine prinzipielle Aussage, deren Tragweite überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Die DDR hatte so gut wie keine Schulden!““ (Seite 80)
Wenn in dieser Buchvorstellung der Schwerpunkt auf die Situation zu Ende der achtziger Jahre in der DDR gelegt wurde, so steht das im Zusammenhang mit den bereits oben genannten bevorstehenden fünfundzwanzigsten Jahrestagen im Sommer/Herbst dieses Jahres.
Der Leser dieses Buches sollte sein Interesse aber auch auf die Kapitel richten, die sich mit China (VIII.) und Lateinamerika (IX.) beschäftigen. Es sind Ein- und Ausblicke in künftige Entwicklungen zum Thema des Buches „Die sozialistische Zukunft“.

Jochen Traut

In der Reihe „Arnstädter Stadtgespräche“ ist Klaus Blessing am Donnerstag, den 5. März, 19.30 Uhr, in der Gaststätte „Goldene Henne“, Arnstadt, Ried 14, zu Gast.

Klaus Blessing

„Die sozialistische Zukunft“ – Kein Ende der Geschichte! Eine Streitschrift
Berlin: edition berolina. 2014. 1. Auflage.
253 Seiten. Preis 15,50 Euro

Dank für 2014 – Herausforderungen in 2015

Brief der Parteivorsitzenden zum Jahreswechsel an die Mitglieder der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen, das politische Jahr geht für unsere Partei mit einem Paukenschlag zu Ende. Zum ersten Mal stellt DIE LINKE den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes. Der 5. Dezember 2014, der Tag der Wahl im Erfurter Landtag, wird einen wichtigen Platz in den Geschichtsbüchern unserer Partei, aber auch denen der Bundesrepublik einnehmen. Die Wahl von Bodo ist politische Zäsur, sie ist Ausdruck politischer Normalität und sie ist Chance und Herausforderung zugleich. Als gesamte Partei sind wir aufgefordert unsere Thüringer Genossinnen und Genossen in den kommenden fünf Jahren solidarisch zu begleiten.

Anders als für unsere Partei war das Jahr 2014 im Rückblick aber auch gesamtgesellschaftlich ein Jahr des politischen Stillstandes unter der Großen Koalition. Diese verbreitet eine Stimmung des passiven Abwartens; die politische Großwetterlage ist durch die Fortsetzung des neoliberalen Status quo mit Kurskorrekturen, die Zunahme von internationalen Krisen und durch einen politischen Rechtsruck geprägt. Der Aufstieg der AfD, aber der auch auf den Straßen geführte Kulturkampf und rechtspopulistische Aufmärsche stellen uns für die nächsten Jahre vor große Herausforderungen.

Auch 2014 war DIE LINKE - als stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag - wirkungsvolles Sprachrohr für Kritik und gesellschaftliche Alternativen. Es ist uns gelungen, unsere Alternativen zur Großen Koalition im Parlament und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und zu stärken. Mit unserer Kritik an den Ausnahmen beim Mindestlohn, der Rentenpolitik, an der Politik der »schwarzen Null« konnten wir Profil und Alternativen aufzeigen. Wir sind, auch dank des riesigen Engagements von Euch, Teil eines sich breit verankernden Widerstands gegen die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA. In der Friedenspolitik erfahren wir - mit unserer Kritik an der Neuauflage einer Politik des Kalten Krieges in der Ukraine-Krise und an Rüstungsexporten - breiten gesellschaftlichen Zuspruch über unsere Mitgliedschaft hinaus.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben wir engagierte Wahlkämpfe geführt, ebenso bei elf Kommunalwahlen. In den letzten Wochen erleben wir wieder verstärkt rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Demonstrationen gegen Flüchtlinge. Viele von Euch beteiligen sich an Gegendemonstrationen oder helfen Flüchtlingen konkret, zum Beispiel durch Sprachunterricht oder Sachspenden. Durch Euren Einsatz vor Ort, durch Eure Wahlkampfaktivitäten, die Gespräche, die Ihr mit den Menschen führt, durch Euer Engagement über das gesamte Jahr prägt Ihr das Bild unserer Partei, sorgt Ihr für die Verankerung und Verbreitung unserer Partei in der Gesellschaft. Wir wissen Euer Einsatz ist nicht selbstverständlich, auch deshalb wollen wir uns noch einmal bei Euch herzlich bedanken!

Wir alle wissen aber auch, mehr aktive Mitglieder in den Basisorganisationen wären aus vielen Gründen eine Bereicherung. Deshalb sollten wir uns gegenseitig einen politischen Weihnachtswunsch erfüllen und der Partei neue Genossinnen und Genossen schenken. Hierzu senden wir Euch mit diesem Schreiben Motive zur Mitgliedergewinnung, die Ihr per E-Mail beziehungsweise in den sozialen Medien verbreiten könnt.

Das Jahr 2015 hält weitere Herausforderungen bereit: Die Hansestädte Hamburg und Bremen wählen neue Bürgerschaften. In beiden Parlamenten sind wir vertreten und haben den Ehrgeiz unsere Ergebnisse zu verbessern - auch das geht nur gemeinsam. Deshalb bitten wir Euch schon heute um Unterstützung der Genossinnen und Genossen: www.die-linke.de/plakatspende.

Daneben wollen wir uns im kommenden Jahr auf zwei inhaltliche Großprojekte konzentrieren:

die Kampagne »Das muss drin sein«, die am 1. Mai 2015 starten soll (mehr Informationen: www.die-linke.de/kampagne/eckpunkte)

die »Linke Woche der Zukunft« vom 23. bis 26. April 2015 (mehr Informationen:linkewochezukunft.die-linke.de)

Beide Veranstaltungen leben davon, dass Ihr Euch in die Vorbereitung und die Umsetzung einbringt. Insbesondere die Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben ermöglicht die Sichtbarkeit unserer Partei vor Ort und die Einbindung von Menschen, die bislang nicht Mitglied unserer Partei sind, weil wir Themen aufgreifen, die alle betreffen.

Über beide Formate werden wir in den kommenden Wochen und Monaten weiter informieren, um Euch einzuladen die Veranstaltungen zu gemeinsamen zu machen.

Wir wünschen Euch eine besinnliche Vorweihnachtszeit, schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Solidarische Grüße

Katja Kipping und Bernd Riexinger
Parteivorsitzende

Hilfe für die Kinder von Donezk

Liebe Katja, lieber Bernd, lieber Gregor, liebe Gabi, liebe Genossinnen und Genossen,
unser Besuch in der Ukraine und in Russland im November 2014 hat unsere Sorgen über die Entwicklung vor Ort in großem Umfang verstärkt, dass in der Ukraine, zumindest in der Ostukraine, Gewalt an der Tagesordnung ist. Die Gefahr rechtsextremer, nationalistischer Angriffe ist alltäglich und um die Großstädte Donezk und Lugansk wird nach wie vor militärisch gekämpft. Die Vereinbarung von Minsk zwischen den Repräsentanten der „Volksrepubliken", des Staates Ukraine, Russlands und der Europäischen Union einzuhalten, heißt aus unserer Sicht vor allen Dingen, dass die ukrainische Armee zurückgezogen werden muss und die Pufferzone entlang der Grenze zu Russland tatsächlich respektiert wird. Was jetzt am dringendsten ist, ist humanitäre Hilfe für die notleidenden Menschen. Die Lage in Donezk und Lugansk ist katastrophal und die Menschen leiden zutiefst unter dem Krieg und seinen Folgen. Tausende sind geflüchtet, aber viele Menschen harren aus – auch in der Hoffnung auf internationale Hilfe. Wir fordern von der Bundesregierung, auch Hilfsgüter nach Donezk und Lugansk zu senden und humanitäre Hilfe, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, möglich zu machen. Für diese Hilfe wollen wir einen Beitrag leisten. Humanitäre Hilfe entscheidet sich für uns nicht

Helft den Kindern von Donezk im Kinderkrankenhaus Gorlovka

In der Ukraine herrscht ein schrecklicher Bürgerkrieg. Täglich sterben unschuldige Menschen. Die Schwächsten sind die Hauptleidtragenden, viele werden nicht überleben.

Wir wollen den Kindern von Donezk helfen! Konkret wollen wir das Krankenhaus in Gorlovka unterstützen. Es ist mit mehr als 10.000 behandelten Kindern im Jahr eine der größten Kinder- und Geburtskliniken der Region.

Derzeit fehlt es dort selbst an den einfachsten Dingen wie Verbandsmittel und Jod sowie lebenswichtigen Medikamenten bis hin zu medizinischem Gerät.

Bitte helfen auch Sie! Spenden Sie auf das Konto „Hilfe für die Kinder von Donezk" (Verwendungszweck) bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00, Kontoinhaber ist Wolfgang Gehrcke.

Das Geld wird zu 100 Prozent für die Kinderhilfe verwendet, für Medikamente und das, was die Kinder am dringendsten brauchen. Das garantieren und belegen wir:
Wolfgang Gehrcke (MdB DIE LINKE) & Andrej Hunko (MdB DIE LINKE)

Es handelt sich bei dieser Aktion um eine private Initiative, daher sind wir leider nicht in der Lage, für Geldspenden eine Spendenbescheinigung auszustellen.

entsprechend unserer politischen Sympathien. Wir haben deshalb noch im Dezember eine Hilfsaktion zur Unterstützung der Versorgung eines Kinderkrankenhauses in Gorlovka nahe Donezk auf den Weg gebracht. Das Krankenhaus ist mit mehr als 10.000 behandelten Kindern im Jahr eine der größten Kinder- und Geburtskliniken der Region. Dieses Krankenhaus wurde von der UNESCO für seine Arbeit ausgezeichnet. Derzeit fehlt es im Krankenhaus selbst an den einfachsten Dingen des medizinischen Bedarfs wie Watte und Jod, bis hin zu medizinischen Instrumenten für Geburten. Wir beraten uns mit Medizinern und Apothekern und suchen nach einem Weg, wie wir die Medikamente und Gerätschaften nach Donezk bringen können. Unter den Kriegsbedingungen und der nicht kooperativen Haltung der Kiewer Regierung ist dies nicht ganz einfach. Dennoch arbeiten wir intensiv daran, eine erste Lieferung von Medikamenten noch Ende Januar – Anfang Februar auf den Weg zu bringen.

Die Resonanz auf diesen Hilfeaufruf war überwältigend und hat nicht nur unseren Verstand, sondern auch unser Fühlen tief bewegt. Innerhalb eines Monats, mit nur drei Anzeigen in Tageszeitungen sowie der Veröffentlichung über soziale Netzwerke, sind mehr als 34.000 Euro zusammengekommen. Viele, viele Überweisungen von Beträgen unterschiedlichster Größenordnungen haben für uns deutlich gemacht, dass Freundinnen und Freunde der Friedensbewegung und der Linken sich für Verständigung und humanitäre Hilfe engagieren.

Das stimmt uns hoffnungsvoll, dass in Deutschland eine starke Bewegung gegen Gewalt und Konfrontation vorhanden ist.

Von der Bundesregierung erwarten wir zumindest, dass sie die humanitären Bedingungen nicht nach politischer Nähe oder Ferne beurteilt. Wir wären der Bundesregierung dankbar, wenn sie für unsere Initiative, nach Donezk und in das Kinderkrankenhaus Medikamente und Versorgungsgüter zu entsenden, in Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung freien Zugang nach Donezk und Gorlovka erwirken könnte. Diese Bitte richten wir auch an die Vertreter der „Volksrepubliken", es möglich zu machen, dass wir die Medikamente, die von den
Spendengeldern gekauft werden, umgehend in das Kinderkrankenhaus senden können. Ein erster Transport von Medikamenten soll noch Ende Januar / Anfang Februar realisiert werden. Wir werden darüber öffentlich berichten. Abgeordnete und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der GUE/NGL im Europaparlament sowie die Partei DIE LINKE bitten wir, unsere Initiative tatkräftig zu unterstützen. Wir sind für jeden Beitrag dankbar.

Mit solidarischen Grüßen, Wolfgang Gehrcke & Andrej Hunko

NACHRUF

Am 24. November 2014 verstarb im Alter von 84 Jahren unser

Genosse Hugo Willing

aus Bittstädt.
Als Mitglied der SED und ehrenamtlicher Parteisekretär war er aktiv am Aufbau des VEB DLK-Elektrik Arnstadt zu einem leistungsfähigen Betrieb beteiligt, in dem er bis zuletzt in leitenden Funktionen tätig war.
Er gehörte zu denen, die sich seit der Gründung der PDS 1989/90 für den Aufbau seiner Partei in Bittstädt und im Kreisverband der PDS auch öffentlich einsetzten.
Im Kollektiv der Basisvorsitzenden im nördlichen Ilm-Kreis der neunziger Jahre war er ein streitbarer Genosse, der seine Positionen immer klar zum Ausdruck brachte.
Bei allen Wahlkämpfen seiner Partei, vor allem in den neunziger Jahren, war er, solange es seine Kräfte ermöglichten, ein aktiver Teilnehmer.
Wir, seine Genossinnen und Genossen aus Arnstadt und dem jetzigen Amt Wachsenburg, werden ihn als unseren Mitstreiter in guter Erinnerung behalten.

Kreisvorstand
DIE LINKE.Ilm-Kreis

Mahnendes Gedenken

Der Stadtvorstand **DIE LINKE. ARNSTADT** lädt anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einer Gedenkveranstaltung am

Donnerstag, dem 15.01.2015
um 15.30 Uhr am
„Güldenen Greif“
auf dem Marktplatz ein.

Enrico Brühl, Vors. Stadtvorstand

JEDER EURO HILFT, VIELEN DANK!

DIE LINKE. KV Ilm-Kreis

IBAN:	**DE15840510101810008871**
BIC:	**HELADEF1ILK**
Verwendungszweck:	**Spende für ... (Name, Vorname)**

Leserbrief von Eckhard Bauerschmidt an die Lokalredaktion „Freies Wort“ Ilmenau:

Reden statt schweigen

In einem Leserbrief von Pedro Hertel und Gerhard Sammet ist mein Name im Zusammenhang mit dem von Frank Kuschel und der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten am 5. Dezember 2014 genannt.

Dazu stelle ich fest:

1. Ja, ich war 1990 in der genannten Kommission zur Aufarbeitung von Korruption und Amtsmissbrauch. Sie war vom Runden Tisch eingesetzt.
2. Mein wichtigstes Anliegen, in dieser Kommission mitzuarbeiten, war damals die Aufarbeitung von Unrecht und nicht die Person Frank Kuschel.

Die Kommission ist nach der Wahl des 1. Kreistages nach der Wende aufgelöst worden. Ein Petitionsausschuss hat dann die Arbeit fortgesetzt. Auch in dem war ich Mitglied. Meines Wissens nach die Herren Hertel und Sammet nicht, da sie keine Kreistagsmitglieder waren.

Warum sich jetzt die Beiden animiert sehen, 25 Jahre danach Dinge aus Beratungen dieser Kommission öffentlich zu machen, ist leicht zu durchschauen. Ihnen geht es nicht um die Würdigung der wichtigen Arbeit dieser Kommission in einer exponierten Zeit der Geschichte unserer Heimat. Ihnen geht es um Hass und Zwietracht.

Ihre Verdienste im Wendeherbst 1989 sind unbestritten. Konstruktiv am Aufbau der demokratischen Nachwendegesellschaft mitzuarbeiten, so meine Einschätzung, war ihr Ding allerdings nicht.

Jetzt beweisen sie sich gegenseitig die Richtigkeit ihrer Aussagen und Wertungen aus der damaligen Zeit ohne andere Kommissionsmitglieder mit einzubeziehen.

Das ist unredlich.

Was mich betrifft, ich stehe zu meiner Verantwortung vor, während und nach der Wende.

Reden statt schweigen: Ich fordere Pedro Hertel als damaligen Vorsitzenden der Kommission auf, an Hand der Protokolle die Arbeit offen zu legen. Über Einzelpersonen und Schicksale hinaus kann dies ein ganz wichtiger Beitrag zur Charakterisierung der DDR sein und die Debatte zum Thema „Unrechtsstaat“ qualifizieren.

In der Zeit der französischen Revolution 1789 haben solche Kommissionen für den Nachschub an den Guillotinen gesorgt. 200 Jahre später habe ich mich der friedlichen Revolution verpflichtet gefühlt – Keine Gewalt! Diese Verpflichtung schließt meiner Überzeugung nach die zweite Chance mit ein. Frank Kuschel, als damals 28-jähriger junger Mann und dreifachen Familienvater, hat diese Chance verdient. Er hat kein Parteiamt, aber seit 2004 ein Landtagsmandat und damit alles Recht der Welt, als Abgeordneter des Thüringer Landtages an der Wahl zum Ministerpräsidenten teil zu nehmen. Das hat er 2014 genauso gemacht wie 2009 und 2004. Damals wie jetzt war diese Wahl geheim.

Eckhard Bauerschmidt

Leserbrief von Frank Kuschel zum Leserbrief „Kuschel und kein Ende“ in der Ausgabe „Freies Wort Ilm -Kreis“ vom 3. Januar 2015

Legendenbildung und politischer Hass führen ins politische Abseits

Legendenbildung und politischer Hass sind eine Kombination, die zwangsläufig ins politische Abseits führen. Bedenklich ist, dass Medien zwischenzeitlich unkommentiert und ohne Recherchen eine Plattform für Leserbriefe bieten, die eher als Kampfschriften aus dem Kalten Krieg einzustufen sind.

Unter der Überschrift „Kuschel und kein Ende“ hat das „Freie Wort Ilm-Kreis“ einen Leserbrief von Pedro Hertel und Gerhard Sammet veröffentlicht. Dieser enthält eine ganze Reihe von zugespitzten politischen Bewertungen, es werden Behauptungen aufgestellt, die einer Klarstellung bedürfen. Dies ist wichtig, um auch einer weiteren Legendenbildung vorzubeugen.

1.

In dem Leserbrief wird behauptet, ich wollte als Bürgermeister von Großbreitenbach durch die Einstellung des ehemaligen Leiters der Kreisdienststelle Ilmenau des MfS den Neuaufbau der STASI unterstützen.

Richtig ist, dass auf Grundlage der Forderung des Runden Tisches „STASI in die Produktion“ im städtischen Bauhof Großbreitenbach zwei ehemalige STASI-Mitarbeiter eingestellt worden. Dies erfolgte in Abstimmung mit den städtischen Gremien. Es handelte sich um Mitarbeiter, die ihren Wohnsitz in Großbreitenbach bzw. dem Umland hatten. Die Auswahl erfolgte aus rein pragmatischen Gründen. Daraus 25 Jahre später die Legende abzuleiten, dies wäre ein Beitrag zum Neuaufbau der STASI ist ein böswillige Verleugnung und überschreitet die Grenze der freien Meinungsäußerung.

2.

Pedro Hertel und Gerhard Sammet behaupten, ein Objekt an der „Hohen Tanne“ sollte als Ersatzobjekt für die STASI ausgebaut werden, weil der Bunker Frauenwald enttarnt war.

Beim Objekt „Hohe Tanne“ handelte es sich um eine Ferieneinrichtung, bestehend aus zwei Fertigteilferienhäusern mit massiver Unterkellerung. Das Objekt diente ausschließlich dem Austausch von Ferienplätzen zwischen den Kreisdienststellen des MfS. Auf Antrag des „Runden Tisches“ Großbreitenbach fand unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaft eine öffentliche Besichtigung des Objektes statt. Dabei wurde bestätigt, dass es sich um ein Objekt handelte, das ausschließlich als Ferieneinrichtung diente. Auf Beschluss der städtischen Gremien sollte aus dem Objekt ein Café für die Gäste des in der Nähe befindlichen Internationalen Campingplatzes Großbreitenbach entstehen. Die Umbauarbeiten wurden 1991 gestoppt.

3.

Mein Wirken als stellvertretender Bürgermeister in Ilmenau wird im Leserbrief als verbrecherische Tätigkeit interpretiert, die identisch war mit den Gräueltaten der Nazis.

Meine „Verbrechen“ als stellvertretender Bürgermeister bestanden darin, Gespräche mit Antragstellern auf ständige Ausreise aus der DDR geführt zu haben, die diese Anträge mit Sachverhalten begründet haben, die in die Zuständigkeit der Stadt fielen. Die Stadt hat die Ausreiseanträge weder bearbeitet, noch entschieden. Die entsprechenden Verwaltungsakten befanden und befinden sich nicht bei der STASI, sondern in den Archivbeständen der Stadt Ilmenau. Inwieweit diese Aktenbestände öffentlich gemacht werden, muss durch den Oberbürgermeister der Stadt Ilmenau abgeklärt und entschieden werden.

Meine Tätigkeit habe ich dabei seit mehr als 20 Jahren kritisch bewertet und als Fehler und Unrecht eingestanden. Wer jedoch dieses Tun mit den Verbrechen der Nazis gleichsetzt, ist nicht nur politisch auf falschen Pfaden, sondern relativiert damit indirekt die Naziverbrechen.

4.

Es wird im Leserbrief die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich bei keinem Opfer persönlich entschuldigt.

Hier möchte ich nur auf meine Erklärungen im Thüringer Landtag verweisen, die auf meiner Internetseite www.frankkuschel.de dokumentiert sind. Wer unter Kenntnis dieser Erklärungen derartige Behauptungen aufstellt wie, Pedro Hertel und Gerhard Sammet, will keine Aufklärung oder Aufarbeitung, sondern nur die Fortsetzung des Kalten Krieges. Bisher hat sich bei mir niemand persönlich gemeldet, der durch meine Tätigkeit als stellvertretender Bürgermeister direkt oder

Termine im Januar

05.01.15	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; Geschäftsstelle DIE LINKE
06.01.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
07.01.15	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
12.01.15	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Markt; Rathaus
12.01.15	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt
14.01.15	16.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt, Brauhausstraße 1 – 3; Stadthalle
14.01.15	18.00 Uhr	Neujahrsempfang DGB, Ilmenau, Oehrenstöcker Straße; Cafe-23
15.01.15	15.30 Uhr	Liebknecht-Luxemburg-Ehrung. Arnstadt. Markt; Vor dem „Güldenen Greif“
15.01.15	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt, Markt; Rathaus
15.01.15	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
18.01.15	10.00 Uhr	Liebknecht-Luxemburg-Ehrung. Ilmenau, Stadtpark
19.01.15	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Markt; Rathaus
20.01.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.01.15	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau, Rathaus
27.01.15	11.00 Uhr	Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus. Arnstadt, Alter Friedhof; „Rufer“
27.01.15	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausclub
29.01.15	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; Geschäftsstelle DIE LINKE
		FÜR DEN TERMINKALENDER FEBRUAR
02.02.15	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; Geschäftsstelle DIE LINKE
18.02.15	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; Geschäftsstelle DIE LINKE